

## A3 Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Gremium: GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt

Beschlussdatum: 11.04.2024

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Mit den Beschlüssen des deutschen Bundestages und des Bundesrates haben die  
2 Länder im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes nun zusätzlich zu bestehenden  
3 Wegen die Möglichkeit, Leistungen für Asylsuchende nun auch per Bezahlkarte  
4 auszureichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht die derzeitigen Debatten um die  
5 Ausgestaltung dieser Maßnahme durch Länder und Kommunen kritisch.

6 Die Einführung der Bezahlkarte birgt die Gefahr, dass die gesellschaftliche  
7 Integration und Teilhabe durch Asylsuchende erschwert oder eingeschränkt wird.  
8 Hier bleiben wir mit Blick auf die Ausgestaltung der Bezahlkarte in den Kommunen  
9 aufmerksam. Neben offensichtlichen Problemen wie der Stigmatisierung durch eine  
10 mögliche Erkennbarkeit der Karte und den sozialen Hemnissen, die damit  
11 einhergehen, betrifft dies bspw. auch Kinder und ihre Bedarfe in hohem Maße.

12 Die gesellschaftliche Teilhabe soll laut gesetzlicher Grundlage dadurch  
13 gewährleistet sein, dass ein Teil der Summe als Bargeldbetrag abgehoben werden  
14 könne, wenn bspw. eine Kartenzahlung nicht möglich ist. Dennoch ist es höchst  
15 fragwürdig, inwieweit diese Geldbeträge ausreichen. Die Kommunen sind gesetzlich  
16 verpflichtet, das Existenzminimum sicherzustellen. Wenn das für bestimmte  
17 Bedarfe nicht über eine Bezahlkarte geht, dann muss es über ein Konto und/oder  
18 mit Bargeld gesichert werden. Dazu fordern wir alle Kommunen auf.

19 Eine Bezahlkarte verlagert zudem nur die aktuelle Problemlage auf die Kommunen,  
20 die bereits jetzt mit einer Vielzahl von Herausforderungen im Umgang mit  
21 Geflüchteten konfrontiert sind. Die Kosten zur Einführung und Verwaltung der  
22 Karte führen zu einer zusätzlichen Belastung. Außerdem sollen Kommunen  
23 ermitteln, welche Bargeldbeträge für soziale Teilhabe vor Ort nötig wären. Das  
24 stellt einen immensen bürokratischen Aufwand dar, der in keiner Relation zum  
25 scheinbaren Nutzen der Bezahlkarte steht.

26 Darüber hinaus wird von einigen Akteur\*innen gehofft, dass die Bezahlkarte  
27 Deutschland für Asylsuchende unattraktiver macht. Allerdings fliehen  
28 Asylsuchende nicht wegen der vermeintlich attraktiven Bedingungen nach  
29 Deutschland, sondern vor Hunger, Krieg und Verfolgung in ihren Herkunftsländern.

30  
31 Die zuletzt auch durch einzelne CDU-Vertreter\*innen vorgestellte Idee, solche  
32 Karten als Erfolgssystem zu betrachten und bspw. auf Bürgergeldempfänger\*innen  
33 auszuweiten, ist nicht nur Ausdruck von zusätzlicher Gängelei, sondern auch  
34 potentiell verfassungswidrig.

35 Angesichts dieser Gefahren bestärken wir alle bündnisgrünen  
36 Kommunalpolitiker\*innen in Sachsen-Anhalt sowie die bündnisgrüne  
37 Landtagsfraktion, sich gegen die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete  
38 auszusprechen, wenn diese grundsätzliche Freiheiten von Asylsuchenden bei der  
39 Nutzung der ihnen zustehenden Mittel einschränkt. Die SocialCard der Stadt  
40 Hannover zeigt ein Beispiel, wie stattdessen eine diskriminierungsfreie Nutzung

41 der Bezahlkarte ausgestaltet werden kann. Daran wollen wir uns politisch  
42 orientieren.

## **Begründung**

erfolgt mündlich